

„Raus aus ...“ oder „rein in ...“? Bundeswehr, Friedensbildung und Schule

Kai-Uwe Dosch

Die Lage ist klar: Seit Jahrzehnten wird die Friedensbewegung mit ihren Fragen immer mehr aus der Schule gedrängt – und seit Jahren drängt die Bundeswehr mit ihren „Antworten“ immer mehr in die Schule. Dagegen regt sich jetzt Widerstand. Doch leider ist sich dieser Widerstand nicht über seine Ziele einig. Soll die Bundeswehr wieder raus? Oder die Friedensbildung rein? Oder gar beides zugleich? Eine kurze Analyse der verschiedenen politischen Ideen.

Seit 2008 sind jetzt acht Vereinbarungen über die Kooperation zwischen Schulministerien und Bundeswehr geschlossen worden. Diese umfassen den Zugang der Bundeswehr zur Lehrer_innen-Aus- und -Weiterbildung und zum Schul-Unterricht sowie den Zugang der Schüler_innen zu Bundeswehr-Standorten. Militärs bestimmen als Referenten, Diskutanten oder gar Moderatoren die (sicherheits-)politische Bildung mit und beeinflussen damit implizit, wenn nicht explizit die Berufsorientierung von Jugendlichen.

Dahinter steht die Idee, dass sowohl die Bundeswehr als auch die Schule eine staatliche Einrichtung darstellt, dass die Bundeswehr in anderen staatlichen Einrichtungen einen bevorzugten Zugang nachfragen kann und die Schule für andere staatliche Einrichtungen diesen anbieten soll. Dahinter steht wieder die Idee, dass nicht zwischen staatlichem Rahmen und (regierungs-)politischen Inhalten unterschieden werden muss, dass die Schule also nicht nur den Staat, sondern auch die Regierung legitimieren soll.

Bundeswehr raus aus der Schule

Hiergegen haben sich zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen zwei verschiedene Bündnisse gebildet. Das Bündnis „Schu-

le ohne Bundeswehr NRW“ fordert die ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr. Es unterstützt Schüler_innen und Schulen dabei, sich kurz- und langfristig gegen Bundeswehrauftritte zu wehren und beteiligt sich an entsprechenden politischen Aktivitäten. Diese Forderung bezieht sich auf die politische Idee, dass das Bildungswesen zum Bereich der Gesellschaft gehört und dem Bereich des Staates gegenüber steht. Bildung bzw. Gesellschaft sollten sich größte Freiheit von Staat bzw. staatlicher Politik bewahren und sich allein an ihren eigenen (auch politischen) Interessen orientieren.

Friedensbildung rein in die Schule

Das Bündnis „Friedensbildung NRW“ setzt sich ein für die Friedensbildung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen, vor allem über Zivile Konfliktbearbeitung, Friedensursachen und Abrüstung. Die Mitglieder qualifizieren oder vermitteln Referent_innen und überarbeiten oder erstellen Materialien. Dieser Ansatz nimmt Bezug auf die prinzipielle formale Gleichheit von politischen Ideen. Die Aufgabe der Bildung ist es hier, verschiedene politische Interessen aus dem Bereich der Gesellschaft und des Staates vorzustellen (Kontroversitätsgebot) und dem/der Einzelnen die Entscheidung zu lassen (Indoktrinationsverbot).

Diese beiden Positionen scheinen sich zu widersprechen. Auf jeden Fall herrscht großer Streit zwischen Vertreter_innen der einen und der anderen. Denn die erste legt nahe, dass nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Friedensbewegung als spezielles Interesse aus der Schule ausgeschlossen werden sollte. Und die zweite führt dazu, dass

Fortsetzung auf Seite 2



Sjors Beenker und Stephan Brües von der Nonviolent Peaceforce bei einer von elf Veranstaltungen in Schulen 2010.



Jugendblock gegen die Bundeswehr in der Schule auf dem Ostermarsch in Düsseldorf 2011.



Workshop mit Schüler_innen auf dem Streitschlichtungskongress 2009.

Diesmal

Zivilklausel in Frankfurt

Widerstand in Syrien

Zivilcourage in der Schule

u.v.m.

Liebe Leserin, lieber Leser!



Wie im letzten Rundbrief angekündigt, hat diese Ausgabe einen inhaltlichen Schwerpunkt mit mehreren Beiträgen. Diesen roten Faden bildet die Frage nach den Bezügen von Frieden und Bildung.

Passend zu dem Thema hat Rebecca Gulowski, eine frühere Praktikantin des BSV, das Schultrainingshandbuch „Zivilcourage – können alle!“ rezensiert. Zum Aspekt der friedlichen Lehre und Forschung an Universitäten beschreibt Sarah Roßa, Studentin und Belarus-Projektreferentin des BSV, die Abstimmung über die „Zivilklausel“ in Frankfurt/M.

Detlef Beck, früherer Geschäftsführer und jetziger Kooperationspartner des BSV, stellt das Angebot von Workshops zum No Blame Approach gegen Mobbing an Schulen vor. Und ich selbst als neuer Geschäftsführer des BSV befasse mich mit der Spannung zwischen den Forderungen „Bundeswehr raus aus der Schule“ und „Friedensbildung rein in die Schule“.

Ein Schwerpunkt des BSV bzw. von Detlef Beck lag ja bis jetzt auf dem Bereich schulische Streitschlichtung, doch 2011 und 2012 erhielten wir leider keine Finanzierung für die entsprechenden Kongresse mehr. Auch darum versuchen wir bzw. ich ab jetzt unsere Bildungsarbeit wiederzubeleben und den Schwerpunkt auf Unterrichtseinheiten zu Krieg und Frieden zu verschieben.

Als langjähriger Ehrenamtler in der Friedensbewegung und Freiberufler für didaktische Materialien, hoffe ich, dass mir dies gelingt.

Euer Kai-Uwe Dosch

Fortsetzung von Seite 1

nicht nur pazifistische Referent_innen, sondern auch Soldat_innen in den Unterricht eingeladen würden.

Doch der Schein trügt. Wie in der Politik, so müssen sich auch in der Bildung die Ideen der Freiheit und der Gleichheit trotz einer gewissen Spannung nicht

widersprechen. Denn beide sind formale Werte und benötigen andere Werte zu ihrer Füllung. Ein solcher Wert war früher die Brüderlichkeit und ist heute der Frieden. Wenn wir anerkennen, dass Freiheit und Gleichheit nicht Freiheit zur und Gleichheit von Gewalt sein darf, dann dürfen wir auch fordern: Bundeswehr raus aus der Schule und Friedensbildung rein in die Schule!

No Blame Approach Projekt-Förderung durch Aktion Mensch

Detlef Beck

Der No Blame Approach ist ein wirksamer Interventionsansatz, um Mobbing unter Schüler_innen in kurzer Zeit zu stoppen und gute Lösungen für alle Beteiligten herbeizuführen. Die Durchführung des No Blame Approach wird in Form von eintägigen Workshops durch das Trainer_innenteam von fairaend an Multiplikator_innen der pädagogischen Arbeit vermittelt. In über 8 von 10 Fällen ist die Intervention mit dem No Blame Approach erfolgreich.

Das von Aktion Mensch geförderte Projekt „Mobbing in der Schule“ der Kooperationspartner BSV und fairaend ermöglicht im Jahr 2012 folgende Unterstützungsangebote und Weiterentwicklungen:

- eine kostengünstige Durchführung von Qualifizierungs-Workshops zur Anwendung des No Blame Approach. Die Workshops können in allen Bundesländern durchgeführt werden.
- die Inbetriebnahme eines neuen Internetportals zum No Blame Approach, das unter anderem die Vernetzung von Schulen und angrenzenden Einrichtungen und Organisationen, die mit dem No Blame Approach arbeiten, voranbringen soll.
- Schulung in energieorientierter Beratung EFT (Emotional Freedom Technique), die ein wertvolles Instrument

zur Stärkung von Mobbing-Betroffenen im Anschluss an die Arbeit mit dem No Blame Approach darstellt. Marion Stock, Mediatorin und zertifizierte NBA-Trainee hat die energieorientierte Beratung speziell für die Arbeit mit Mobbing-Betroffenen entwickelt.



Wenn eine Schule oder Einrichtung an einem Workshop zum No Blame Approach oder an einem Seminar zur energieorientierten Beratung interessiert ist,

ist nichts weiter zu tun, als mit dem Team von fairaend Kontakt aufzunehmen:

Heike Blum/Detlef Beck
info@no-blame-approach.de
Tel. 02236 379179

Es ist kein besonderer Antrag zu stellen. Die Fördermöglichkeiten können direkt geklärt werden.

Detaillierte Informationen zu Terminen und Workshop-Inhalten finden Sie unter www.no-blame-approach.de

Zivilklausel an der Universität Frankfurt

Für eine friedliche und zivile Lehre und Forschung

Sarah Roßa

Am Donnerstag den 26. Januar 2012 endete die Urabstimmung unter den Studierenden der Universität Frankfurt über eine Zivilklausel. Das deutliche Ergebnis verblüffte sogar die Aktiven: 76,3 % der teilnehmenden Studierenden sprechen sich für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Goethe-Universität aus. Damit fordern sie die Universität auf, keine Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie oder der Bundeswehr einzugehen.

„Wir sind unglaublich begeistert von diesem Ergebnis“, freut sich Beate Steinbach vom Arbeitskreis Zivilklausel. „Das ist ein eindeutiges Zeichen für eine friedliche Hochschule und eine klare Absage an Kooperationen mit der Bundeswehr oder Rüstungsindustrie.“ Lediglich 12,6 % derjenigen, die an der Wahl teilgenommen hatten, stimmten mit Nein, während sich 11,1 % der Stimme enthielten.

Drei Wochen lang hatte der Arbeitskreis Zivilklausel, bestehend aus etwa zehn Studierenden, für das Thema Zivilklausel an der Uni Frankfurt mobilisiert. Viel wurde diskutiert und gestritten beim Verteilen von Flyern, Plakatieren und beim Besuch von Vorlesungen und Seminaren über Kriegsforschung, Friedensorientierung und die Verantwortung von Wissenschaft. Ein gesteigertes Interesse der Studierenden an diesen Fragen zeigte sich daran, dass die Beteiligung an der Zivilklausel-Abstimmung bei der Urnenwahl um 9,6 % höher lag als bei der traditionellen Wahl zum Studierendenparlament. Dennoch war die Wahlbeteiligung mit knapp unter 15 % wie häufig bei Uni-Wahlen gering.

„Besonders bemerkenswert ist, dass es in allen Fachbereichen der Universität eine große Mehrheit für friedliche und zivile Lehre und Forschung gibt“, betont Christoph Wiesner, Mitglied des Arbeitskreises Zivilklausel und Doktorand der Physik. In der Tat sprachen sich in fast allen Disziplinen deutlich mehr als zwei Drittel der Studierenden für eine unabhängige, zivil und friedlich orientierte Wissenschaft aus. So lag die Zustimmung in den Neueren Philologien bei 87,9 %, in der Psychologie bei 85 %, in der Physik bei

68 % und in der Medizin bei 76,6 %. Selbst am Fachbereich mit dem niedrigsten Zustimmungswert, den Wirtschaftswissenschaften, gab es eine eindeutige Mehrheit von 63,3 % für eine Zivilklausel.

Entgegen dieser klaren Positionierung der Studierenden wird sowohl vom Bundesverteidigungsministerium als auch von Rüstungskonzernen versucht, über Drittmittelprojekte und Stiftungsprofessuren die Inhalte von Forschung und Lehre zu beeinflussen. So zielt beispielsweise der „Celler Dialog“, ein bundesweites Forum von Vertreter_innen aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr, darauf ab, sicherheitspolitische Dialoge in Forschung und Lehre an unseren Hochschulen zu stärken. Dadurch soll ein dauerhafter, praxisorientierter und wissenschaftlicher Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr entstehen. Woran in den Drittmittelprojekten und Stiftungsprofessuren geforscht wird, unterliegt zunehmend der Geheimhaltung und stellt somit eine deutliche Einschränkung für Demokratie und Transparenz an den öffentlichen Hochschulen dar. Dies widerspricht dem Sinn und Verständnis demokratischer Wissenschaft. Denn die Aufgabe von Hochschulen ist es, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen, die Ursachen von Krieg und Frieden zu erforschen sowie Strategien friedlicher Konfliktlösungen zu entwickeln und für internationale Zusammenarbeit einzutreten.

Zivilklauseln gibt es bisher nur in wenigen anderen Ländern, vor allem in Japan. In Deutschland wurde eine der ersten Zivilklauseln 1986 von der Universität Bremen beschlossen. Erst kürzlich wurde sie vom Senat der Universität neu bestätigt, nachdem ihre Abschaffung zu Gunsten einer Stiftungsprofessur des OHB-Konzerns drohte. Heute haben



Hochschulen in Berlin (TU), Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen eine Zivilklausel in ihrer Grundordnung. In Frankfurt wurde der Satz „Die Goethe-Universität ist eine Universität, an der Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“ im Sommer 2011 in den Hochschulentwicklungsplan aufgenommen.

Bereits im Vorfeld der Urabstimmung der Studierenden hatte die Universität über ihren Pressesprecher Olaf Kaltenborn gegenüber der Frankfurter Rundschau verlauten lassen, sie werde die Willenserklärung der Studierenden ernst nehmen. Genau das verlangt nun Christoph Wiesner: „Nach dem eindeutigen studentischen Votum sind jetzt wieder Senat und Präsidium gefordert. Die Orientierung auf friedliche und zivile Forschung und Lehre, die bereits im aktuellen Hochschulentwicklungsplan verankert ist, muss zügig in die Grundordnung unserer Universität übernommen werden.“ Doch auch damit ist die Auseinandersetzung nicht zu Ende. Denn erst wenn die Universität Frankfurt systematisch und konsequent alle Kooperationen und Drittmittelprojekte ablehnt, die nicht ausschließlich zivilen Zwecken dienen, setzt sie sich wirklich für friedliche Konfliktlösung ein.

Weitere Informationen auf der Seite des AK Zivilklausel Frankfurt: www.zivilklausel-ffm.info oder über Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Zivilklausel>. E-Mail-Kontakt: zivilklausel@yahoo.de.

Syrien: Den gewaltfreien Widerstand unterstützen

Christine Schweitzer

Syrien befindet sich am Rande des Bürgerkrieges oder ist schon mitten in ihm – wenn allein die Zahl der weit über 5.000 Opfer seit dem März 2011 zugrunde gelegt wird, dann herrscht in jedem Falle dort nach den gängigen Kriegsdefinitionen bereits Krieg. Während in Tunesien und Ägypten die zivilen Aufstände 2011 zu einem schnellen Sturz der Regierungen führten und in Libyen der Konflikt schnell zu einem rein militärischen wurde, trägt der Aufstand in Syrien, der im März 2011 begann, ein doppeltes Gesicht. Auf der einen Seite gab und gibt es die zivilen Proteste, die vor allem durch eine große Zahl von Bürgerkomitees organisiert sind. Auf der anderen Seite hat sich eine bewaffnete Untergrundarmee, die Freie Syrische Armee, gebildet, die sich vor allem aus Deserteuren der syrischen Armee rekrutiert und die den bewaffneten Kampf gegen das Assad-Regime aufgenommen hat. Die syrische Regierung geht mit äußerster Härte gegen beide vor.

Derzeit dominiert trotz aller Gewalt von Regierungsseite immer noch der zivile Widerstand, auch wenn die Aktivitäten

des Assad-Regimes wahrgenommen. Es besteht keine einheitliche Meinung gegenüber der Option, dass durch eine Aufrüstung und Unterstützung der Freien Syrischen Armee diese in die Lage versetzt werden könnte, den Bürgerkrieg militärisch zu entscheiden. Solche Hoffnungen sind – insbesondere im Kontext eines gleichzeitigen, von außen erzwungenen Flugverbots, das die Möglichkeiten des syrischen Militärs beschränken würde – durchaus zu hören. Andere Stimmen aus Syrien warnen weiterhin vor einer solchen Eskalation und setzen darauf, dass der zivile Widerstand zum Erfolg führen wird.

Die Aussichten, den Konflikt ohne ein noch viel größeres Blutvergießen in friedliche Bahnen zu lenken, verringern sich im Moment mit jeder Woche. Im Land scheint die Regierung von Präsident Assad weiter überzeugt, den Aufstand mit Gewalt in die Knie zwingen zu können. Und international ist der Konflikt inzwischen längst zum Spielball der Groß- und Regionalmächte geworden. Weder die Arabische Liga noch die Vereinten Nationen scheinen in der Lage, die syrische Regierung zu einem Einlenken bewegen zu können, zumal das Regime weiterhin mit Russland, China und dem Iran einige alte Verbündete aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes treu an seiner Seite hat.



...und in Idlib im Nordwesten mit einer sunnitischen Mehrheit...

© Local Coordination Committees in Syria

Angesichts des Leids der Bevölkerung und des massiven gewaltsamen Vorgehens der Regierung gegen die Aufständischen findet eine Ablehnung gewaltgestützter Optionen nicht immer das Verständnis der Betroffenen und ihrer Organisationen. Wenn wir als BSV trotzdem unsere Kritik an dem „Mix“ von zivilen und gewaltsam-militärischen Aktionsformen und an jeder militärischen Intervention ausdrücken, dann tun wir dies aus unserer Überzeugung heraus, dass Gewaltlosigkeit eine mächtige Waffe und die erfolgversprechendste Methode auch angesichts massiver Gewalt von der Gegenseite ist, wie u.a. die Unabhängigkeitsbewegung in Indien, die Revolution im Iran 1978 und der Aufstand auf den Philippinen 1986 gezeigt haben. Der zivile Widerstand baut auf moralische Autorität und seine vereinigende und versöhnende Kraft, der sich auch Alawiten, andere Minderheiten und selbst Profiteure des Regimes anschließen können. Demgegenüber führt die Militarisierung zur Spaltung und einer weiteren Brutalisierung des Konflikts, die den Wiederaufbau Syriens jahrzehntelang behindern wird. Wie in Libyen wäre der militärische Kampf in Syrien zudem der reinste Selbstmord und nicht ohne eine langwierige, noch mehr Opfer fordernde Militärintervention zu gewinnen. Trotz aller Opfer und Leiden im heutigen Syrien bleibt der gewaltfreie Widerstand die beste Option.



Widerstand regt sich in vielen Orten, wie hier in Hama im Zentrum mit einer großen christlichen Minderheit... © Local Coordination Committees in Syria

der Freien Syrischen Armee zunehmen. Soweit es sich von außen beurteilen lässt, gibt es von Seiten der Aufständischen wenig oder keine prinzipielle Abgrenzung zum bewaffneten Widerstand der Freien Syrischen Armee – sie wird als gewisser Schutz vor dem Militär

Unterstützung des zivilen Widerstandes

Uns geht es um die Menschen in Syrien, die für ihre Rechte kämpfen. Dabei ist es zweitrangig, ob ein Umsturz in Syrien auch den westlichen Alliierten gelegen kommt. Manche Konfliktlinien des Kalten Krieges haben in der Zeit nach 1989 überlebt, wie etwa das Bündnis zwischen Russland und Syrien. Aber der Feind meines Feindes muss nicht mein Freund sein – wir müssen aufhören, in einem quasi automatischen Reflex uns auf die Seite derjenigen zu stellen, die – aus ganz anderen Gründen als wir – die Kriege und das geostrategische Agieren der westlichen Großmächte ablehnen. Dies ist dieselbe Position, die wir in den Kriegen gegen Afghanistan und gegen den Irak eingenommen haben – beide Regime lehnten wir genauso vehement ab wie den militärischen Angriff auf sie. Entscheidend für uns sind die Mittel: Gewalt ist keine Antwort, da sie die grundlegendsten Menschenrechte einschließlich des Rechtes auf Leben außer Kraft setzt und es viel schwieriger macht, nach dem Konflikt einen Neuanfang unter Beteiligung aller erfolgreich anzugehen.

Deshalb ist es auch wichtig, den zivilen Widerstand der syrischen Bevölkerung zu unterstützen, wie es z.B. die Initiative „Adopt a Revolution“ (www.adoptrevolution.com) tut.



...und in Al-Qabun in der Nähe von Damaskus im Südwesten...

© Local Coordination Committees in Syria

Unsere Forderungen und Vorschläge an die deutsche Bundesregierung und die internationalen Organisationen, in denen sie mitwirkt, zielen daher darauf, den gewaltlosen Charakter der Revolution in Syrien zu unterstützen:

- Unterstützung des zivilen, gewaltlosen Widerstand gegen die syrische Regierung.
- Keine Abschiebung von Syrern_innen aus Deutschland, auch nicht in „sichere Drittländer“; unbürokratische Erteilung von Asyl für Flüchtlinge aus dem Land, auch wenn die Anträge von „sicheren Drittstaaten“ aus gestellt werden. Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, einen sofortigen Abschiebestopp für syrische Flüchtlinge zu beschließen, und den Deutschen Bundestag, das 2009 in Kraft getretene Rückführungsabkommen mit Syrien umgehend zu kündigen.

- Entsendung einer neuen zivilen Mission durch Vereinten Nationen und Arabische Liga, die über ein weitreichendes Mandat verfügt und an der auch eine nennenswerte Anzahl von zivilgesellschaftlichen Beobachter_innen beteiligt ist, die Erfahrung in der zivilen, gewaltfreien Intervention mitbringen.

- Zusage von umfassender Unterstützung des Landes, sobald Präsident Assad sein Amt niederlegt; Unterstützung, die alle Menschen im

Land erreicht, egal ob sie schon der Opposition angehören oder sich – oftmals aus Existenzsorgen – noch auf die Seite der Regierung stellen.



...und in Dair az-Zur im Osten mit einem großen kurdischen Anteil.

© Local Coordination Committees in Syria

Neues Infoblatt zu Syrien

Zur aktuellen Situation rund um den Konflikt in Syrien hat der BSV auch ein neues Informationsblatt herausgegeben. Geschrieben wurde es von Christine Schweitzer, die neben ihrer Tätigkeit als BSV-Vorstandsmitglied und als Mitarbeiterin im „Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung“ auch Mitglied im Beirat der Initiative „Adopt a Revolution“ ist.

Das Blatt stellt eben diese Initiative vor, die den zivilen Widerstand in Syrien zu stärken versucht. Darüber hinaus wird neben der Beschreibung der Hintergründe und des Verlaufes des Konflikts auch versucht, die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft aufzuzeigen und ein Ausblick auf die möglichen weiteren Entwicklungen zu geben.

Das Infoblatt kann im BSV-Büro bestellt oder aber auch auf der Website kostenlos heruntergeladen werden.

Studientag zum Training in Gewaltfreier Aktion

Achim Schmitz

Das Archiv Aktiv und das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) laden ein zu einem Studientag am Samstag, 28.4.2012.

Nach 40 Jahren wollen wir die Entwicklung des Trainings in Gewaltfreier Aktion in Deutschland betrachten und die momentane Situation analysieren, um daraus gemeinsam für die weitere Zukunft zu lernen und Wunschvorstellungen für zukünftige Trainingsarbeit zu erarbeiten. Zu unserem Studientag laden wir Trainer_innen, Menschen, die an Trainings teilgenommen haben, und Bewegungsforscher_innen ein. Der Studientag wird mit zwei Inputs eröffnet, dann wird die Arbeit in Kleingruppen („Weltcafé“) fortgesetzt, wobei jede/jeder Teilnehmer_in voraussichtlich die Möglichkeit haben wird, sich an drei Gruppen zu beteiligen. Am Schluss des Tages kommen wir im Plenum zusammen, um die Ergebnisse der Gruppen zusammenzutragen.

Ablauf

9.30 h Begrüßung, Vorstellung des Tagesablaufs, Vorstellung der Teilnehmer_innen

10.00 h Input 1: Wie entwickelten sich gesellschaftliche Strömungen sozialer Bewegungen und Visionen von Gewaltfreiheit beim Training in Gewaltfreier Aktion seit den 1970er Jahren? (Achim Schmitz, IFGK)

10.20 h Input 2: Trainingsarbeit heute – Erfahrungen und Herausforderungen in Trainings für gewaltfreie Aktion (Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden)

10.40 h Nachfragen und Diskussion beider Inputs

11.30 h – 15.30 h Weltcafé; z. B. folgende Fragen: Wie haben sich die Trainings wei-

ter entwickelt? Rolle von Vorbereitungstrainings für gewaltfreie Aktionen – wie wichtig sind sie für eine erfolgreiche Aktion? Welche Konsequenzen für das Training wollen wir aus den Erfahrungen mit Straßburg (NATO) ziehen? Wie ist das Verhältnis der Trainings in gewaltfreier Aktion zu anderen Trainings? Welche Erwartungen und Standards gibt es heute?

16.00 - 15.30 h Pause mit Gelegenheit, das Archiv (kurz) zu besichtigen

16.00 h – 17.00 h Ergebnisse der Tische werden zusammengetragen.

17.00 – 17.30 h Kurze Schlusssprache

Ort: Archiv Aktiv, Normannenweg 17-21 (Eingang im Hinterhof), 20357 Hamburg

Anmeldung: CSchweitzerIFGK@aol.com (möglichst bis 1.4.2012)

Teilnahmebeitrag: 10 €

Neue PraktikantInnen in der Geschäftsstelle

Tobias Schröer
(Feb. bis April 2012)

Hallo, ich bin Tobias und komme direkt aus Minden. Derzeit studiere ich Politikwissenschaft als Haupt- und Rechtswissenschaft als Nebenfach an der Universität Bielefeld und mache von Februar bis April 2012 ein studienbegleitendes Praktikum beim BSV. Für dieses habe ich mich entschieden, da ich mich sehr für Konzepte der gewaltfreien Konfliktbearbeitung interessiere, da ich einmal die alltägliche Arbeit in einer Nichtregierungsorganisation kennenlernen möchte und da ich hoffe, nach diesem Praktikum die Frage, was ich später mal



machen möchte, ein bisschen besser beantworten zu können.

Ainara Tudanca
(Feb. 2012 bis 2013)

Hola! Ich heiße Ainara und komme aus Barcelona/Spanien. Ich habe Politikwissenschaft studiert und mache von Februar 2012 bis nächstes Jahr einen europäischen Freiwilligendienst beim BSV.



Von dem Praktikum beim BSV erhoffe ich mir, meine bisher theoretischen Studien an der Realität zu überprüfen und mehr über pazifistische Konzepte und Alternativen zu militärischen Interventionen zu erfahren.

Irina Yilmaz
(Feb. 2012 bis März 2012)

Hallo, mein Name ist Irina und ich studiere Sozialwissenschaft an der Ruhr-



Universität in Bochum. Friedensarbeit wurde mir durch meine Mutter in die Wiege gelegt und daher bin ich darauf gekommen, mich zunächst im Studium und jetzt mit einem studentischen Praktikum mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen. Aktuelle Konfliktlagen und eine pazifistische Grundeinstellung haben mich zum BSV geführt und ich erhoffe mir viele praktische Erfahrungen im Bereich der NGO-Arbeit zu sammeln.

Zivilcourage – können alle!

Rebecca Gulowski

Zivilcourage – können alle – zeigen aber nicht alle! Warum ist das so? Mit dem Begriff der Zivilcourage verbinden viele von uns nicht lang zurückliegende Geschehnisse in Berliner und Münchner U-Bahn- oder S-Bahnstationen, bei denen meist jugendliche Täter Passant_innen angreifen. Die mediale Öffentlichkeit führt uns dann das scheinbare Dilemma zivilcouragierten Handelns vor Augen: Überwachungsbilder zeigen, dass sich Zuschauende solcher Situationen unbeteiligt fühlen und wegschauen. Die Opfer bleiben allein. Einige wenige aber greifen ein und zahlen dafür oft einen hohen Preis, einige sogar mit ihrem Leben. Dieter Lünse, Katty Nöllenburg, Jörg Kowalczyk und Florian Wanke bieten uns mit Zivilcourage – können alle! Ein Trainingshandbuch für Schule und Jugendarbeit eine Perspektiverweiterung an. Zivilcourage ist eine innere Haltung und humanes Verständnis, etwas das jede/jeder lernen kann – und sollte.

Die Autor_innen, sämtlich Mitarbeiter_innen des Instituts für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. in Hamburg, geben den Leser_innen ein Trainingsbuch an die Hand mit dem Ziel, Zivilcourage in Schule, Jugendeinrichtung etc. mit (jungen) Menschen zu trainieren und so im Alltag zu etablieren. Mit zahlreichen Beispielen aus dem Alltag zeigen sie, was sie darunter verstehen. Zivilcourage kann mit zivilem Mut übersetzt werden; Mut, der nicht allein mit Gewalteskalationen im Nahverkehr im Zusammenhang steht, sondern vielmehr mit dem Vermögen und der Bereitschaft, alltägliche Konfliktsituationen in Schule, Betrieb und dem persönlichen Umfeld zu analysieren und Verantwortung zu übernehmen. Daher kann es bei Zivilcourage nicht ausschließlich um das Eingreifen innerhalb einer eskalierenden Gewaltsituation gehen, sondern auch um nachhaltigen Wandel, um die Veränderung struktureller Bedingungen und um die Verbesserung der Konfliktkultur.

Das Ziel der Autor_innen ist ein umfassendes. Auf rund 150 Seiten wird in drei Kapiteln erörtert, (1) unter welchen Bedingungen und (2) mit welchen Methoden Zivilcourage gelernt und gelehrt

sowie (3) im Schul-, Jugendeinrichtungs- oder Stadtteilalltag verankert werden kann.

Neben einer historisch-philosophischen Skizzierung des Begriffs zur Einführung, die insbesondere einer Einarbeitung der Lehrenden dient, folgt ein Abschnitt über Train the Trainer. Dies fördert vor allem das Reflexionsvermögen der Lehrenden. Ein Training muss verantwortungsbewusst durchgeführt werden, d. h. in einem Kontinuum zwischen idealen und ungünstigsten Bedingungen muss immer ein Mindeststandard erreicht und eingehalten werden.

Daran schließt das umfangreichste Kapitel über neun verschiedene Trainingsmodule an. Hier werden die Begriffe Gewalt, Angst und Mut, Aggression und Wut, das Verhältnis zwischen Täter_innen, Opfern und Zuschauenden, sowie Vorurteile, eigene Wertesysteme und individuelles Rechtsempfinden besprochen. Jedes dieser Module setzt sich aus einer theoretischen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Schwerpunkt, dazu rund sechs ausgewählte Methoden und diversen gut aufbereiteten Kopiervorlagen zusammen. Besonders wertvoll ist, dass die Autor_innen die Leser_innen an ihren umfassenden Erfahrungen in diesem Bereich teilhaben lassen. Auf authentische Art und Weise reflektieren Lünse, Nöllenburg, Kowalczyk und

Wanke eigene Problemsituationen und geben, basierend auf ihrer eigenen Arbeit z. B. als Mediator_innen, Sozialpädagog_innen oder Schulsozialarbeiter_innen, konkrete Handlungsempfehlungen und Tipps zum Ablauf und Einsatz der Methoden. Damit verbinden sie in prägnanter Weise Theorie und Praxis und begleiten die Leser_innen auf ihrem Weg zur Trainer_in für Zivilcourage.

Dieser umfassenden und bereichernden Auseinandersetzung ist es möglicherweise auch geschuldet, dass das Einführungskapitel nur in aller Kürze theoretische Grundlagen der Zivilcourage von Immanuel Kant bis Hannah Arendt skizziert. Dabei werden Konzepte wie der Kategorische Imperativ und die Banalität des Bösen lediglich angerissen und auf derzeitige gesellschaftliche Verhältnisse überführt. So entsteht beim Lesen von Zeit zu Zeit der Eindruck, dass diese Denkfiguren mangels Verknüpfung lediglich als Etiketten verwendet und damit grundlegende Aspekte vernachlässigt wurden. Auf diese Weise beginnt man als Leser_in aber auch, Fragen an den Text und Fragen an sich und sein eigenes Handeln zu stellen. Damit ist die Einführung eins auf jeden Fall: eine interessante Anregung.

Dieser Eindruck bleibt während des Lesens bestehen. Ohne moralischen Fingerzeig regt das Handbuch an, sich mit eigenen Erfahrungen, Ängsten und normativen Verständnissen auseinanderzusetzen. Und damit erreichen die AutorInnen ihr erklärtes Ziel, nicht allein theoretisches Wissen zu vermitteln, sondern Anreiz zur Selbstreflexion zu geben. Zivilcourage ist mehr als ein heldenhaftes Eingreifen in gewaltvolle Konflikte. Sozialer Mut ist die kleine Tat im Alltag, eine innere und aktive Haltung, ein ständiges Hinterfragen von Ungerechtigkeit, die weite Kreise ziehen kann und nachhaltig zu strukturellem Wandel beiträgt; Zivilcourage können daher alle lernen – jetzt!

Lünse, Dieter/Nöllenburg, Katty/Kowalczyk, Jörg/Wanke, Florian (2011): Zivilcourage – können alle! Ein Trainingshandbuch für Schule und Jugendarbeit, Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr, 19,80 €.



Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de
Spendenkonto Nr. 89420814, Sparkasse Minden, BLZ 49050101
Redaktion, Gestaltung und V.i.S.d.P. Kai-Uwe Dosch
Druck art & image Minden, Auflage 6500, Erscheinungsweise vierteljährlich
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe Mai 2012

Maikäfer flieg...

Notizen von Judith Conrads

Maikäfer flieg!

Der Vater ist im Krieg.

Die Mutter ist in Pommerland,

Pommerland ist abgebrannt.

Maikäfer flieg!

Mehr als 200 Jahre zurück datiert die erste Aufzeichnung dieses mittlerweile etwas antiquierten Kinderliedes. Ist auch der Ursprung nicht ganz klar – wahrscheinlich entstand es bereits während des Dreißigjährigen Krieges -, so macht doch der Text deutlich: Geschlechterrollen spielen für Erfahrungen von und im Krieg eine besondere Rolle, und das tun sie damals wie heute. Diesem Umstand widmet sich der BSV auf seiner nächsten Tagung und erlebt in der Vorbereitung eine erstaunliche Resonanz: Dass auch innerhalb der Friedensbewegung viele Themen intensiv diskutiert werden ist bekannt. Dass aber die Reaktionen auf unser diesjähriges Tagungsthema so hef-

tig und kontrovers ausfallen, das zeigt, wie aktuell seine Kernpunkte immer noch sind. Debatten um Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Zusammenhang mit Krieg und Frieden werden also auch jenseits alter Dispute, man denke an den Kampf von *Courage* und *Emma* um die Wehrpflicht für Frauen, und auch nach der weitgehenden Etablierung des „Zauberwortes“ *Gender* in aller Munde weiter ausgetragen.

Von „Prima, dass ihr dieses Thema aufgreift.“ über „Was soll das denn?“ bis hin zu „Das könnt ihr so nicht machen!“ reichen die Rückmeldungen. Irgendwie verständlich, fühlen wir uns doch in den meisten Fällen der Kategorie Mann oder Frau zugehörig, oder identifizieren uns zumindest meist auf die ein oder andere Weise auch über Geschlechterkategorien. Ein Thema also, das uns alle auf eine Art auch selbst betrifft. Und genau

das ist wohl vermutlich auch der Grund für die heftigen Emotionen, die es erzeugt. Und dennoch, auch hier gibt es Konzepte, Analysen und Diskurse, die es lohnend machen, sich näher mit ihnen zu beschäftigen und sich untereinander sowie mit Expert_innen darüber auszutauschen, auf welche Weise sich bestehende Geschlechterverhältnisse in und auf Krieg und Frieden auswirken und welche Möglichkeiten es im Rahmen unserer Friedensarbeit gibt, sie – je nach Verständnis des Geschlechterbegriffes – zu bearbeiten, aufzubrechen oder abzuschaffen.

Allein schon die Reaktionen im Vorfeld lassen auf spannende Diskussionen hoffen. Im friedlichen Rahmen natürlich...

Judith Conrads ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung.

BSV-Tagung: Anmeldung „auf den letzten Drücker“



Es sind noch Plätze frei bei unserer Tagung „Vater im Krieg, Mutter in Pommerland? Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden“ am 16.-18. März 2012 im Jugendgästehaus Adolph Kolping, Silberstr., Dortmund!

Anmeldungen sind über den Rückmeldeabschnitt möglich oder können auch gerne per Telefon (0571 29456) oder per E-Mail (info@soziale-verteidigung.de) gemacht werden. Das Programm findet sich unter www.soziale-verteidigung.de.

Name:

Org.:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Besondere Essenswünsche:

Betreuung für ___ Kind(er) von ___ Jahren

Anmeldung

1 Übernachtung/Doppelzimmer
98 € (ermäßigt 78 €)

2 ÜN/DZ 149 € (129 €)

1 ÜN/Einzelzimmer 106 € (86 €)

2 ÜN/EZ 166 € (146 €)

ohne Übernachtung 45 € (30 €)

___ günstigere Übernachtung(en)
im Mehrbettzimmer

Bitte mit
45 Cent
freimachen

An den
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

oder per Fax an 0571 23019